

# „Aufstehen“ – für ein gerechtes Land

Die von der Linken-Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht gestartete Sammlungsbewegung „Aufstehen“ versteht sich nicht als neue Partei, sondern als Bündnis, das eine linke Regierung in Deutschland erreichen will. Es geht um soziale Gerechtigkeit und Friedenspolitik. Trotz der Nähe zu ihren eigenen Themen sehen Grüne, SPD und Linke das Projekt kritisch.

VON WINFRIED FOLZ, BERLIN

Die Liste der prominenten Unterstützer für „Aufstehen“ ist beachtlich: Künstler sind dabei, etwa Nina Hagen oder Julia Neigel, Kabarettisten ebenso, Reiner Kröhnert zum Beispiel, Lisa Fitz oder der Mainzer Detlev Schönauer, der auch schon die Fernsehfasenacht bereichert hat. Der Theologe Eugen Drewermann begeistert sich für die Sammlungsbewegung und auch der Historiker und Sohn von Willy Brandt, Peter Brandt. Unter den Politikern findet man viele Ehemalige, etwa den einstigen Südpfälzer SPD-Bundestagsabgeordneten Albrecht Müller, aber auch aktive wie die Flensburger Oberbürgermeisterin Simone Lange von der SPD. Sie war im April gegen Andrea Nahles für den Parteivorsitz angetreten und bekam immerhin 27 Prozent.

Mehr als 100.000 Unterstützer habe die Bewegung schon, sagt Wagenknecht.

Die bunte Liste der Gründer vermag jedoch noch keinen Hinweis zu geben, wohin die Reise dieser Sammlungsbewegung führen soll. Es ist Sahra Wagenknecht, die dem Projekt ein Gesicht gibt. Die populärste Figur der Linkspartei hat mit ihrem Mann Oskar Lafontaine diesen mittlerweile eingetragenen Verein aus der Taufe gehoben und Mitsstreiter bei den Grünen und der SPD gefunden. Der Gründungsauftritt von „Aufstehen“ enthält viel, was auch in den Programmen der drei Parteien steht, auch wenn das Papier eher eine Analyse der Lage ist als eine Vision für die Zukunft.

Was Wagenknecht und ihre politischen Weggefährten aufgeschrieben und gestern erstmals öffentlich in einer Pressekonferenz in Berlin verkündet haben, ist so etwas wie die gemeinsame Nenner der gemäßigten Linken. Weshalb mögliche Streitpunkte, etwa die Flüchtlingspolitik, recht oberflächlich abgehandelt werden. Die Linken-Fraktionschefin liegt in dieser Frage ohnehin mit den Beschlüssen ihrer eigenen Partei zur Willkommenskultur über Kreuz.

Wagenknecht war es gestern ein Anliegen, die Gemeinsamkeiten der linksorientierten Parteien herauszustellen, was geradezu sanftmütig gegenüber dem Klang, was sie im Bundestagswahlkampf über Grüne und SPD verbreitet hatte. Denen hatte sie neoliberales Mainstream-Politik vorgeworfen, die dazu diene, die Merkel-Regierung zu unterstützen. Nun also eine andere, neue Tonlage. Schließ-



Sie wolle Politik verändern, statt „auf Dauer Oppositionsreden halten“, sagt Sahra Wagenknecht.

FOTO: DPA

lich wolle sie „nicht auf Dauer Oppositionsreden halten“. Man müsse gemeinsam gegen eine Politik vorgehen, mit der die soziale Trennung verschärft werde. Es müsse „Druck von der Straße“ geben, dazu will „Aufstehen“ eine Plattform sein.

Linke Positionen, so Wagenknecht, seien in der Bevölkerung mehrheitsfähig, wie etwa die Forderung nach höheren Mindestlöhnen, besserer Altersabsicherung oder mehr Geld für Pflege und Bildung. Im Gründungsauftritt der Bewegung wird das alles etwas schärfer – man könnte auch sagen: populistischer – formuliert: „Die Regierung rettet Banken und subventioniert Konzerne, aber sie ist nicht bereit, alte Menschen vor Armut zu schützen.“

Ludger Volmer, einer der Gründerväter der Grünen, will sich mit 66 Jahren noch einmal in die Politik einmischen und begründet seine Unterstützung für „Aufstehen“ mit dem „Substanzverlust“ seiner Partei. Die Grünen bewegten sich in der liberal-konservativen Mitte und hätten zwei ihrer Gründungsmotive verloren: Pazifismus und soziale Orientierung. Es gebe keine Möglichkeit, intern daran etwas zu ändern, deshalb sehe er „Aufstehen“ als Chance. Es gelte, eine „Gegenmacht“ auf der linken Seite zu formieren.

Nach Wagenknechts Angaben hätten sich bereits über 100.000 Menschen auf der Internetseite der Bewegung als Unterstützer eingetragen.

Unklar ist, ob diese Personen nicht eigentlich nur einen Newsletter des Vereins bestellt hatten. Zumindest für Wagenknecht handelt es sich um eine große Anzahl an Menschen, die sich den Zielen der Bewegung verpflichtet fühlen. Einer von ihnen ist

der Westpfälzer Linken-Abgeordnete Alexander Ulrich. Auf Anfrage sagte er, er teile die Auffassung, dass die Politik sich nicht mehr um die Probleme der Menschen in ausreichendem Maße kümmere. Insbesondere bei Themen wie der millionenfachen prekären Beschäftigung, den Armutsrenten, der Zwei-Klassen-Medizin oder der Verteilungsgerechtigkeit. „Auch brauchen wir für vieles sicherlich mehr Geld, aber mit Sicherheit nicht für weitere Aufrüstung“, sagte Ulrich. Er fände es gut, wenn „Aufstehen“ den Druck parteiunabhängig für diese Themen erhöhen könnte. „Der schon jetzt riesige Zuspruch zeigt auch, dass der Wunsch in der Gesellschaft für eine sozialere Politik riesengroß ist“, so der Linken-Abgeordnete.

Offiziell sind die drei angesprochenen Parteien auf Abstand zu neuen Bewegung gegangen. Bei der SPD, von

der mit Simone Lange und dem ewigen Querdenker Marco Bülow zwei fast prominente Vertreter kommen, ätzt man gegen das Projekt. Wagenknecht und Lafontaine seien schließlich nicht dafür bekannt, „dass sie das Wohl der SPD fördern wollen“, meinte Parteizeuge Ralf Stegner. Juso-Chef Kevin Kühnert, der vehement gegen die erneute Bildung einer großen Koalition kämpfte, warf der Bewegung „inhaltliche Beliebigkeit“ vor. „Linke Politik beginnt immer mit einer Haltung und niemals mit der Frage, welche Haltung gerade mehrheitsfähig sein könnte“, sagte der Vorsitzende des SPD-Nachwuchses. Auch die Grüne Parteispitze findet kaum Gefallen an „Aufstehen“. Die Bewegung weise keinen Weg nach vorne und bleibe „in düsterem Moll stecken“. Die Linkspartei ließ knapp verlauten, die Initiative sei „kein Projekt der Partei“.

Die neue Sportministerin Maracineanu, die 2000 in Sydney Gold im Rückenschwimmen gewann, folgt auf Frankreichs erfolgreichste Fechterin Laura Flessel. Ein Woche nach dem Ausscheiden Hulots trat Flessel am Dienstag ebenfalls überraschend zurück – „aus persönlichen Gründen“, wie sie versicherte.

Nicht erfüllt hat sich mit der Neubesetzung der vakanten Kabinettsstellen die in den Reihen der Regierungspartei La République en Marche gehetzte Hoffnung, Macron werde mit kühnen Personalentscheidungen Zweifel an seinen Führungsqualitäten ausräumen. Zu unspektakulär scheinen die Ernennungen, als dass sie den auf 33 Prozent Zustimmung zurückgefallenen Staatschef aus dem Beliebtheitstief heraushefen könnten. Dass der streitbare ehemalige Europaabgeordnete der Grünen, Daniel Cohn-Bendit, nach einem Gespräch mit Macron nicht mehr französischer Umweltminister werden wollte, hatte bereits deutlich gemacht: Der ange-

schlagene Staatschef sucht loyale Gefolgsleute, deren Kabinettsdisziplin außer Frage steht, nicht potenziell unbehagliche Querdenker.

Anstatt durch Reformen hatte der Präsident zuletzt durch Patzer und Pannen von sich reden gemacht. Der Affäre um Macrons eigenmächtigen Leibwächter Alexandre Benalla, der sich als Polizist ausgab und Demonstranten verprügelte, folgten fragwürdige Personalentscheidungen.

So machte der Präsident den ihm nahestehenden Schriftsteller Philippe Besson zum Konsul von Los Angeles. Die wegen befremdlich hoher Taxispesenrechnungen (24.000 Euro) zu drei Monaten Haft auf Bewährung verurteilte ehemalige Spitzenfunktionärin Agnès Saal wurde auf einen hohen Posten ins Kulturministerium berufen. Ausweis der vom Staatschef versprochenen integren Republik war das nicht. „Da überkommt einen das Gefühl, die von Macron verheißene neue Welt ist so neu auch wieder nicht“, stellte ein Abgeordneter von Macrons Partei ernüchtert fest.

In die Defensive geraten, erinnerte der als Erneuerer angetretene Staatschef zunehmend an die von ihm in der alten Welt verorteten Vorgänger. Mal wirkte er zögerlich wie François Hollande, dann wieder polemisch wie Nicolas Sarkozy. So weckte Macron Ende August Zweifel, ob die für Anfang nächsten Jahres angekündigte Steuerreform tatsächlich kommen werde. Offenbar befürchtete der Präsident, die anstelle dreimal im Jahr anstehender Überweisungen ans Finanzamt künftig monatlich vom Arbeitgeber einbehaltene Einkommensteuer würden ihn in Umfragen noch tiefer stürzen lassen. Auf Staatsbesuch in Dänemark spottete Macron dann über „die sich Reformen widerstehenden Gallier“. Auch das kam in der Heimat nicht gut an.

## Kreisverwaltung informierte Verfassungsschutz früh

Verhaltensänderungen bei Amsterdam-Attentäter festgestellt

VON K. DAUSCHER UND H. HETZEL

Im Fall des Attentats in Amsterdam soll der Verfassungsschutz bereits zu Jahresbeginn Hinweise auf eine mögliche Radikalisierung des tatverdächtigen 19-jährigen Afghanen Jawed S. erhalten haben.

Das sagte gestern ein Sprecher der Kreisverwaltung des Landkreises Mainz-Bingen. Die rheinheissische Ausländerbehörde war für den Asylbewerber zuständig, der 2015 nach Deutschland kam. Am Freitag hatten holländische Polizeibeamte Jawed S. am Amsterdamer Hauptbahnhof mit Schusswaffen überwältigt und festgenommen. Er soll zuvor mit einem Messer zwei amerikanische Touristen schwer verletzt haben.

Sein verändertes Verhalten und die Tatsache, dass er sich einen Bart habe wachsen lassen, seien der Mitarbeiterin einer Jugendhilfeeinrichtung Anfang des Jahres aufgefallen, hieß es in der Kreisverwaltung. Die Informationen seien weitergegeben worden. Doch für den rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz ergaben sich keine „Anhaltspunkte für eine verfassungsschutzrechtliche Relevanz“, sagte ein Sprecher des Innenministeriums auf RHEINPFALZ-Anfrage. Die Kreisverwaltung habe am 27. Februar 2018 dem Verfassungsschutz die Akte von Jawed S. per E-Mail übersandt. „In der Mail wurde lediglich der Hinweis gegeben, dass der Tatverdächtige eine Ausreise in sein Heimatland beabsichtige und sich sein Äußeres verändert habe (Hinweis auf zunehmenden Bartwuchs).“

Die Polizei in den Niederlanden geht von einem islamistischen Hintergrund aus und davon, dass der Mann keiner Terrororganisation angehört. In

seinem Geständnis soll er gesagt haben, „der Prophet Mohammed, der Islam, der Koran und Allah“ würden in den Niederlanden beleidigt. Ausdrücklich habe er dabei den Namen des rechtspopulistischen Politikers Geert Wilders genannt. Er habe sich jedoch nicht auf den Wettbewerb für Mohammed-Karikaturen bezogen, den Wilders angekündigt, aber am Vorabend des Attentats abgesagt hatte. Derzeit wird Jawed S. noch im Krankenhaus wegen seiner Schusswunden behandelt.

In Deutschland, genauer im Landkreis Mainz-Bingen, ist der mutmaßliche Islamist strafrechtlich bisher nicht in Erscheinung getreten. Nach Angaben des Integrationsministeriums reiste er am 6. September 2015 nach Deutschland ein. Er wurde als damals 16-Jähriger vom Jugendamt Mainz-Bingen als unbegleiteter minderjähriger Ausländer in Obhut genommen.

Sein Asylantrag wurde abgelehnt, die Klage dagegen läuft seit einem Jahr.

Für ihn wurde ein Vormund bestellt und er wohnte in Einrichtungen der Jugendhilfe, unter anderem in Gau-Algesheim und Oberdiebach. Im November 2015 stellte er einen Asylantrag, den das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge am 30. August 2017 ablehnte. Dagegen hat er vor dem Verwaltungsgericht Trier geklagt. Die Entscheidung steht noch aus. Solange hält sich der 19-Jährige rechtmäßig in Deutschland auf.

Seit Februar sei das Jugendamt nicht mehr für ihn zuständig, sagte der Sprecher der Kreisverwaltung. Seinen Wohnsitz habe der junge Erwachsene in Ingelheim.

## Unspektakuläre Auswahl

Frankreichs Präsident setzt bei Besetzung vakanter Kabinettsstellen auf Loyalität

VON AXEL VEIEL, PARIS

Frankreichs Regierung ist wieder vollzählig und handlungsfähig. Staatschef Emmanuel Macron hat gestern den Präsidenten der Nationalversammlung François de Rugy zum neuen Umweltminister ernannt und die frühere Schwimmweltmeisterin Roxana Maracineanu zur neuen Sportministerin.

De Rugy, der nach mehr als einem Vierteljahrhundert bei Frankreichs Grünen Anfang 2017 zu Macron übergetreten war, gilt als loyaler Gefolgsmann des Präsidenten. Der 44-Jährige tritt die Nachfolge des populären Naturschützers Nicolas Hulot an, der nach 15-monatiger Amtszeit nicht mehr „als Feigenblatt für eine halbherzige Umweltpolitik“ herhalten wollte. In Anspielung auf den abrupten Abgang des Vorgängers stellte Rugy auf Facebook klar, dass er die für langfristig anzustrebenden Ziele notwendige Ausdauer mitbringe.



François de Rugy (rechts) ist Macrons neuer Umweltminister.

FOTO: REUTERS

## Digitalisierung: Speyerer Professor in Ethikkommission

VON PETER MÜLLER

Heute nimmt das nächste von der Bundesregierung berufene Gremium zur Digitalisierung die Arbeit auf: Die Datenethikkommission soll sich mit Chancen und Risiken von Künstlicher Intelligenz und Algorithmen befassen. Unter den 16 Mitgliedern aus Wissenschaft und Praxis ist der Jurist Mario Martini von der Universität Speyer.

„Unsere Aufgabe ist es, den Kurs für das digitale Schiff abzustecken – damit die Nutzer nicht von Bord gehen, weil sie Diensten nicht vertrauen“, sagt der Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft, Staatsrecht, Verwaltungsrecht und Europarecht an der Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer. Die Einsetzung der Kommission haben Union und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart. Alle vier Wochen sind Treffen vorgesehen, im Sommer 2019 sollen Handlungsempfehlungen vorgelegt werden für ein modernes Datenrecht.



Mario Martini

FOTO: PRIVAT

Der Arbeitsauftrag umfasst drei Bereiche: zum einen algorithmusbasierte Prognose- und Entscheidungsprozesse wie bei der Preisgestaltung im Onlinehandel, der Einschätzung der Kreditwürdigkeit oder der Bewerberauswahl in Einstellungsverfahren. Künstliche Intelligenz wiederum ermöglicht Systeme, die im hohen Grad autonom arbeiten und durch den Einsatz von Trainingsdaten „lernen“ können. Schließlich geht es um den Zugang zu, die Nutzung von und den Handel mit Daten, die in zunehmender Menge anfallen. Immer gilt es sicherzustellen, dass beim Einsatz digitaler Innovationen Grund- und Menschenrechte gewahrt bleiben.

Mario Martini lehrt seit 2010 in Speyer und leitet am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung den Programmbereich Transformation des Staates in Zeiten der Digitalisierung. Dadurch hatte er bereits über verschiedene Projekte Kontakt zu den beiden für die Kommission federführenden Bundesministerien des Inneren und der Justiz. Der 49-Jährige wird sich nach eigener Aussage in dem Gremium schwerpunktmäßig mit den Gefahren durch und der Kontrolle von Algorithmen befassen. Die Frage sei hier, wie ein gutes Regulierungssystem aussehen könnte. Kein einfaches Unterfangen: „Es ist eine Kunst, ethische Grundsätze für Technologien zu formulieren, deren Grundrissen sich heute erst vorsichtig abzeichnen.“

## Terrorpate: Taliban verkünden Haqqanis Tod

Sein Name steht seit Jahrzehnten für islamistischen Aufstand am Hindukusch: Dschalaluddin Haqqani. Gestern haben die afghanischen Taliban den Tod des Terrorpaten bekanntgegeben. Der Gründer des nach ihm benannten Netzwerkes sei nach „langer Krankheit gestorben“.



Islamistenchef seit den späten 70er Jahren: Dschalaluddin Haqqani.

ARCHIVFOTO: DPA

Haqqani, dem die USA enge Beziehungen zum pakistanischen Militär vorwarfen, soll 79 Jahre alt gewesen sein. Der Paschtune kämpfte in den 80er Jahren mit Unterstützung der USA und Saudi-Arabiens gegen die Sowjets. Nach der Nato-Invasion am Hindukusch 2001 zum Sturz der Taliban verübte seine Miliz zahlreiche Selbstmordattentate gegen das westliche Bündnis. Bereits 2015 hatte es Gerüchte über Haqqanis Tod gegeben. Seine mit Al Qaida verbündete Miliz wird längst von seinem Sohn Siradschuddin geleitet. Er ist zugleich Vizechef der afghanischen Taliban.

Die Haqqani-Gruppe, die mit Entführungen, Erpressung und Schmutz Millionen verdient und sich auch aus Spenden aus der Golfregion finanziert, hat ihre Basis in der pakistanischen Region Nord-Waziristan im Grenzgebiet zu Afghanistan. Der Begriff Haqqani leitet sich ab von der pakistanischen Koranschule Darul Uloom Haqqania, die der nun totgesagte Terrorpate besuchte. |epd/rt/tui